

ESSAY

DER ASYMMETRISCHE KRIEG

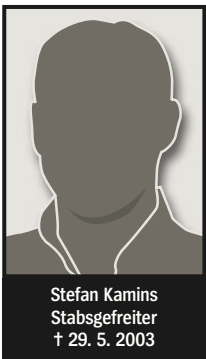
DAS DILEMMA DER POSTHEROISCHEN GESELLSCHAFT
VON HERFRIED MÜNKLER

Seit Gründung der Bundeswehr haben 2600 Soldaten „in Ausübung ihres Dienstes“, wie die offizielle Formel lautet, ihr Leben verloren. Etwas mehr als 70 entfallen auf die Auslandseinsätze seit 1993. Das ist, gemessen an der Gesamtzahl, nicht viel. Wer allein auf die Relation der Zahlen schaut, wird die Heftigkeit der politischen Debatte kaum verstehen und auch kein Erfordernis sehen, neue Trauerrituale zu entwickeln. Auch Dachdecker und Fensterputzer, Fernfahrer und Entwicklungshelfer sind Berufsrisiken ausgesetzt, die statistisch oft höher sind als die der Soldaten.

Dass Soldaten Risiken eingehen, gehört zu deren Berufsbild. Das ist zunächst kein Grund, damit eine Opfer-Semantik zu verbinden, die ihrem Tod eine eigene Weihe und Würde verleiht. Ei-

erfolgte Bedeutungswechsel bot Trost und Entlastung. Vermutlich hat er zur Stabilität der frühen Bundesrepublik mehr beigetragen, als viele wahrhaben wollen, die ihn als Lug und Trug kritisieren. In der Weimarer Republik hatte es keinen vergleichbaren Semantikwandel gegeben. Die Erinnerung an die Opfer enthielt dadurch häufig eine Aufforderung zur Revanche. Obendrein kann das als *sacrificium* begriffene Opfer als Vorbild dienen, dem es nachzueifern gilt; dem *victima* geht alle Vorbildlichkeit ab. Es hat bloß Pech gehabt.

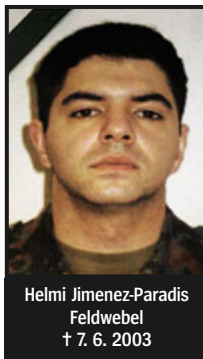
Es gibt also gute Gründe, sich gegen eine Revision dieses Opferbegriffs zu wehren. Die toten Soldaten, so die Befürchtung, sollen dazu herhalten, einen politischen Lernprozess rückgängig zu machen, der den Deutschen eine der glücklichsten Perioden



Stefan Kamins
Stabsgefreiter
† 29. 5. 2003



Carsten Kühlmorgen
Oberfeldwebel
† 7. 6. 2003



Helmi Jimenez-Paradis
Feldwebel
† 7. 6. 2003



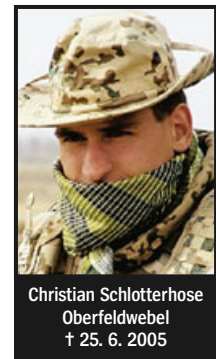
Andreas Beljo
Oberfähnrich
† 7. 6. 2003



Jörg Baasch
Stabsunteroffizier
† 7. 6. 2003



Andreas Heine
Hauptfeldwebel
† 25. 6. 2005



Christian Schlotterhose
Oberfeldwebel
† 25. 6. 2005

In Afghanistan gefallene Bundeswehrsoldaten: „Wir haben uns angewöhnt, Opfer nicht mehr als Selbstopfer, sondern als bedauerliches

ne moderne Gesellschaft sieht den Soldatenberuf als eine Tätigkeit wie jede andere an, und demgemäß behandelt sie auch dessen Berufsrisiken. So könnte man argumentieren, und so wird verschiedentlich auch argumentiert.

Die Crux der Debatte, die seit einigen Jahren mit an- und abschwellender Intensität geführt wird, liegt im Begriff des Opfers. Wir haben uns angewöhnt, Opfer nicht mehr als Selbstopfer, sondern als bedauerliches Ergebnis der Verknüpfung unglücklicher Umstände zu begreifen. In der bundesdeutschen Nachkriegsgesellschaft traten die Verkehrstopfer schon bald an die Seite der Kriegstopfer, und das war politisch-psychologisch überaus entlastend, wurden auf diese Weise doch mit dem Krieg verbundene Verantwortung und Schuld zum Verschwinden gebracht. Das ist oft beschrieben worden: wie sich die Deutschen nach 1945 aus opferversessenen Heroen, die Todesanzeigen für gefallene Angehörige „in stolzer Trauer“ unterzeichneten, in eine Opfergemeinschaft verwandelten, über die Leid und Tod wie eine fremde Macht gekommen waren.

Statt vom Opfer für König, Führer oder Vaterland war nun von den Opfern von Krieg und Gewaltherrschaft die Rede. Der deutsche Opferbegriff, der nicht zwischen „*sacrificium*“ und „*victima*“ unterscheidet, kam dem entgegen. Der unter der Hand

ihrer Geschichte beschert hat. Man solle darum, wenn man sich auf Auslandseinsätze einlässt, auf den Opferbegriff verzichten und mit dem nüchternen Risikobegriff vorliebnehmen. Und vor allem solle man nicht von Krieg sprechen, sondern von humanitärer militärischer Intervention, besser auch von getöteten, nicht gefallenen Soldaten.

Die Bundesregierung bedient sich ebenfalls dieser Strategie des semantischen Normalismus, wenn sie den Kriegsbegriff unter allen Umständen vermeidet. Aber sie ist gegenüber denen, die sich nicht mit der Formel vom Berufsrisiko abspesen lassen wollen, konzessionsbereit, indem sie den Opferbegriff im sakrifiziellen Sinn verwendet. Das ist ein Spagat nach Art politischer Kompromissbildung. Aber die kann in diesem Fall nicht gutgehen.

Zugegeben: Begriffe und Anschauungen sind nicht dasselbe. Die gesellschaftliche Imagination, die durch den Kriegsbegriff hervorgerufen wird, ist etwas anderes als die Definition der Wissenschaft. Letztere kann sich, die wachsende Intensität der Angriffe in Afghanistan vor Augen, durchaus an Clausewitz' Definition halten, wonach es sich beim Krieg um einen Akt der Gewalt zur Durchsetzung eines politischen Willens handle. Davon, dass der Kontrahent gleichartig sein müsse, ist bei Clause-

witz nicht die Rede. Seine Kriegsdefinition ist nicht an die Symmetrie der Akteure gebunden.

Das kennzeichnet Clausewitz als einen analytischen Kopf, von dem die Späteren noch etwas lernen können. Zugleich macht es ein Problem sichtbar, an dem die deutsche Politik seit Jahren arbeitet, ohne weiterzukommen: dass eine theoretisch konsistente und empirisch gehaltvolle Definition des Krieges und die durch den Gebrauch des Kriegsbegriffs ausgelöste gesellschaftliche Imagination weit auseinanderliegen. Die Politik versucht, zwischen beiden zu vermitteln. Aber dabei ist sie an den Rand der Lächerlichkeit geraten.

Inzwischen bleibt es sich gleich, welche der unterschiedlichen Kriegsdefinitionen man für Afghanistan zugrunde legt: eine, die Krieg an eine bestimmte Anzahl von Toten (zumeist über tausend) bindet; eine, die auf die staatliche Verfasstheit eines Akteurs abhebt; oder eine, für die Krieg mit der Kontinuität von Kampfhandlungen verbunden ist – in jedem Fall findet in Afghanistan ein Krieg statt.

Aber es ist dies kein symmetrischer Krieg, wie er die europäische Kriegsgeschichte der Neuzeit geprägt hat und die Imagination dessen, was Krieg ist, nach wie vor bestimmt. Doch auch asymmetrische Konfrontationen können, entgegen der Diktion des Verteidigungsministeriums, bei einer gewissen Kontinuität der Kampfhandlungen und einem bestimmten Gewaltniveau Kriege sein.

Dabei steht Asymmetrie nicht nur für die Kampfweise von Partisanen, sondern auch für die technologische und organisatorische Überlegenheit einer Seite. Angriffe mit satellitengesteuerten Marschflugkörpern oder unbemannten Kampfdrohnen sind

Heißt: Gebrauch oder Vermeidung des Kriegsbegriffs ist selbst von kriegsentscheidender Bedeutung.

Dass der Kampf mit Bildern und Begriffen eine solche Intensität angenommen hat und die Gewalt immer häufiger den Zweck hat, Bilder zu erzeugen oder Begrifflichkeiten zu zerstören, hat nicht zuletzt damit zu tun, dass die Gesellschaften des Westens – und das gilt für Deutschland in besonderem Maße – postheroische Gesellschaften sind: Gesellschaften also, deren kollektives Gedächtnis von Erinnerungen an gesteigerte Opferbereitschaft und deren verheerende Folgen für bald jede Familie besetzt ist. Postheroische Gesellschaften sind nicht dasselbe wie pazifistische Gesellschaften, denn sie können durchaus von der Funktionalität der Gewalt überzeugt sein. Und sie sind auch nicht identisch mit unheroischen Gesellschaften, die nicht von der Erinnerung an früheren Heroismus umgetrieben werden.

Postheroische Gesellschaften sind durchaus bereit, sich auf militärische Pazifizierungsprojekte einzulassen, wie Bosnien, das Kosovo oder Afghanistan. Aber sie sind darauf angewiesen, dass die Verluste in sehr engen Grenzen bleiben. Dagegen achten sie weniger auf die materiellen Kosten. Sie sind knapp an Opferbereitschaft, aber reich an Geld, das sie gern als Kompensation einsetzen.

Das aber weiß der Gegner inzwischen, und hier hat er den Schwachpunkt der Interventen ausgemacht. Hier setzt er an, und hier verläuft die entscheidende Frontlinie. Die Anschläge in Afghanistan zielen auf die labile Psyche unserer postheroischen Gesellschaft. Die Soldaten werden getötet, um uns zu treffen. Das macht auch den Unterschied zu Unfällen von Fensterputzern



Armin Franz
Oberstleutnant d. R.
† 14. 11. 2005



Michael Diebel
Oberfeldwebel d. R.
† 19. 5. 2007



Matthias Standfuß
Hauptmann d. R.
† 19. 5. 2007



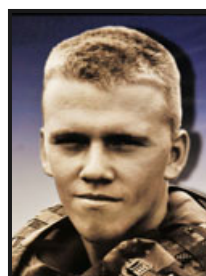
Michael Neumann
Oberfeldwebel d. R.
† 19. 5. 2007



Misha Meier
Hauptfeldwebel
† 27. 8. 2008



Roman Schmidt
Stabsgefreiter
† 20. 10. 2008



Patrick Behlcke
Stabsunteroffizier
† 20. 10. 2008

Ergebnis der Verknüpfung unglücklicher Umstände zu begreifen“

ebenso asymmetrisch wie Angriffe aus dem Hinterhalt, bei denen Sprengfallen gezündet werden oder die Zivilbevölkerung als Deckung benutzt wird. In einem allgemeinen Sinn bezeichnet Asymmetrie die Konstellationen, in denen von einer Gleichverteilung der Chancen, zu töten oder getötet zu werden, nicht die Rede sein kann. Will man es pointieren: Was dem einen die ferngesteuerte Kampfdrohne, ist dem anderen der Selbstmordattentäter.

Gerade in Afghanistan lässt sich beobachten, wie durch Todesvirtuosen die technologisch-organisatorische Überlegenheit der militärischen Interventionskräfte wettgemacht wird. Dennoch bleibt Asymmetrie dominant: Die einen müssen, wenn sie Erfolg haben wollen, die Köpfe und Herzen der Bevölkerung im Einsatzgebiet gewinnen; die anderen zielen vermittelt der getöteten Soldaten auf die Stimmungslage der Bevölkerung im Entsendeland, der die Fortführung des Einsatzes vergällt werden soll. Es gibt somit zwei Fronten, an denen um die Zustimmung und Folgebereitschaft der Bevölkerung gekämpft wird: eine in Afghanistan und eine in den westlichen Gesellschaften. Das macht diese Kriege kompliziert und hat dazu geführt, dass in ihnen Bilder und Begriffe zu Waffen geworden sind.

und Fernfahrern: gezielte Intention anstelle statistischer Zufälligkeit und vor allem Ausrichtung auf einen politischen Willen.

Unter diesen Umständen ist es eine kurzfristige taktische Aushilfe, wenn man sich auf semantische Manöver verlässt, den Kriegsbegriff meidet, aber die Opfersemantik zulässt. Wer in dieser Situation nicht in der Lage ist, sakrifizielle Antworten zu geben, also erklären kann, wofür das Opfer erbracht wurde und warum es politisch sinnvoll ist, hat die Auseinandersetzung schon verloren. Er sollte sich besser heute als morgen zurückziehen. Wer aber der Überzeugung ist, ein solcher Rückzug komme mittelfristig teurer als entschiedenes Durchhalten, muss der eigenen Bevölkerung erklären, dass es sich um einen Krieg handelt, in den nicht nur die nach Afghanistan entsandten Soldaten verwickelt sind, sondern auch die Zivilbevölkerung hier, und dass das Schicksal der Soldaten in Afghanistan auch davon abhängt, für wie verletzlich die Gegenseite unseren politischen Willen hält.

Münkler, 57, lehrt an der Berliner Humboldt-Universität Politikwissenschaft. Er veröffentlichte unter anderem Studien über „Die neuen Kriege“ und über die Hintergründe der amerikanischen Irak-Intervention („Der neue Golfkrieg“).